

Nr. 3/Mai 2012

Rio+20: Nachhaltige Entwicklung umsetzen!

Vom 20.-22. Juni 2012 findet in Rio de Janeiro die UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung (Rio+20) statt.

Die Erwartungen von VENRO an den Rio+20-Gipfel sind hoch. Rund eine Milliarde Menschen hungern, 80 Prozent der Weltbevölkerung leben ohne soziale Sicherung, etwa einem Drittel der Menschheit mangelt es an einer grundlegenden Gesundheitsversorgung, 2,5 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen. Die biologische Vielfalt geht mit unvermindertem Tempo verloren. Der Klimawandel schreitet fort: 2010 war das Jahr mit den höchsten und am schnellsten steigenden CO₂-Emissionen, die jemals gemessen wurden. Fruchtbare Böden und Trinkwasserreserven werden weltweit in vielen Regionen übernutzt. Das Ausmaß der jährlichen Waldzerstörung ist nach wie vor alarmierend hoch. Die Risiken, die von den Finanzmärkten für die wirtschaftliche und soziale Stabilität ausgehen, haben sich in den vergangenen Jahren beträchtlich vergrößert.

In vielen Ländern der Welt stehen unsere Lebens- und Wirtschaftsmodelle auf dem Prüfstand. Eine Veränderung des Konsumverhaltens und umweltgerechtere Produktionsweisen im Sinne der bisher diskutierten Ansätze einer grünen Wirtschaft reichen nicht aus. Eine sozial und ökologisch gerechte Gesellschaft muss ein „gutes Leben für Alle“ ermöglichen. Dazu ist ein grundsätzliches Umdenken erforderlich. Zu einer sozial und ökologisch gerechten Gesellschaft gehört auch die Frauen- und Genderperspektive. Daher müssen die vielfältigen produktiven, überwiegend von Frauen erbrachten Leistungen insbesondere in der Sorgearbeit anerkannt werden.

Angesichts dieser multiplen Krisen erwartet VENRO vom Rio+20-Gipfel konkrete Schritte zur Lösung der globalen Umwelt- und Entwicklungsprobleme. Die Regierungen müssen aus den Umsetzungsdefiziten der letzten 20 Jahre lernen, ihre politische Verpflichtung für eine nachhaltige Entwicklung erneuern und in Rio einen Rahmen vereinbaren, der auf globaler, regionaler, nationa-

ler und lokaler Ebene ein Umsteuern hin zu einer nachhaltigen Entwicklung forciert.

Seit 1992, dem ersten Rio-Gipfel über Umwelt und Entwicklung, haben sich die globalen Machtverhältnisse dramatisch verschoben. Die Hälfte der ressourcenintensiv konsumierenden Mittelklasse lebt inzwischen in Schwellen- und Entwicklungsländern. Diese Tendenz wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Das entbindet die Industrieländer nicht von ihrer Verantwortung, unterstreicht aber die Relevanz für global nachhaltige Entwicklungspfade in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern.

Von Rio 1992 nach Rio 2012

Die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) führte 1992 zu einer Reihe von Ergebnissen:

- die Konvention über die biologische Vielfalt,
- die Klimarahmenkonvention,
- die Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung,
- die Walderklärung,
- die Deklaration von Rio,
- die Agenda 21.

Die Wirkung der Rio-Konferenz von 1992 und ihrer Ergebnisse auf die politische Diskussion ist kaum zu überschätzen, ihre Auswirkungen auf die politische Praxis sind jedoch begrenzt. In der Rückschau erweist sich die Art und Weise, wie die Debatte um nachhaltige Entwicklung seit Mitte der 1990er Jahre geführt wurde, als wenig zielführend. Die Erläuterung des Begriffes bediente sich gewöhnlich des Drei-Säulen-Modells oder eines Dreiecks. Demnach wäre eine nachhaltige Entwicklung erreicht, wenn die Integration von Ökonomie, Ökologie und Sozialem gelänge oder die Balance zwischen diesen drei Säulen hergestellt

werden könne. Diese Beschreibung von nachhaltiger Entwicklung unterstützte eine Interpretation des Nachhaltigkeitskonzeptes, wonach die drei Dimensionen prinzipiell gleichberechtigt wären. In der politischen Praxis wurde der ökonomischen Dimension jedoch fast immer der Vorrang eingeräumt, soziale und ökologische Anliegen wurden in den Hintergrund gedrängt. Der Nachhaltigkeitsbegriff wurde aufgeweicht und die soziale und ökologische Lenkungswirkung nachhaltiger Politik blieb weitgehend aus.

Ein nach vorne weisendes Verständnis nachhaltiger Entwicklung orientiert sich heute stärker an dem Bild von Leitplanken, die den zur Verfügung stehenden Raum für wirtschaftliches Handeln beschreiben. Heute verbraucht die Menschheit in einem Jahr so viele natürliche Ressourcen, wie sich in eineinhalb Jahren neu bilden. Mit Blick auf die ökologischen Leitplanken kann es also nicht um weiteres quantitatives Wachstum auf Kosten der Natur gehen, sondern nur um Anpassung der Produktions- und Konsummuster an die natürlichen Grenzen unseres Planeten.

Die soziale Leitplanke wird durch die Menschenrechte, auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte gesetzt. Dazu gehört, dass jeder Mensch ein Recht auf Nahrung, soziale Sicherung und Bildung hat. Damit werden im Kern auch Gerechtigkeitsfragen wie etwa der sozialen Teilhabe, der Geschlechtergerechtigkeit, der Chancengleichheit, des Zugangs zu natürlichen Ressourcen und der Einkommensverteilung berührt.

VENRO-Erwartungen an Rio+20 und die Bundesregierung

Der Rio-Prozess hat bei der Umsetzung der Vereinbarungen enttäuschende Ergebnisse vorzuweisen. Deshalb müssen die Regierungen in Rio handeln. Schwerpunkte der Konferenz sind der institutionelle Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung, Grüne Wirtschaft und, damit verbunden, neue Zielvereinbarungen für nachhaltige Entwicklung.

Der institutionelle Rahmen für nachhaltige Entwicklung

Unter der Überschrift des institutionellen Rahmens für nachhaltige Entwicklung wird eine Art kleine UN-Reform diskutiert. Diese soll das System der Vereinten Nationen mit Blick auf nachhaltige Entwicklung effizienter und kohärenter gestalten.

- VENRO unterstützt eine Stärkung von UNEP, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, um der Umweltpolitik innerhalb des UN-Systems ein größeres Gewicht zu verleihen. VENRO befürwortet die Idee der Mitgliedschaft aller UN-Mitglieder im UNEP-Verwaltungsrat und damit eine Verbesserung der Finanzausstattung. Darüber hinaus begrüßt VENRO den Vorschlag, UNEP von einem Programm der Vereinten Nationen zu einer UN-Organisation für Umwelt aufzuwerten und finanziell entsprechend auszustatten. VENRO verbindet damit die Erwartung, dass UNEP insbesondere Entwicklungsländer in ihrer nationalen Politik für eine nachhaltige Entwicklung beraten kann.
- VENRO unterstützt die Bestrebungen zur Einführung eines Rates für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Council) bei den Vereinten Nationen nach dem Vorbild des UN-Menschenrechtsrates, anstelle der bisherigen Commission on Sustainable Development (CSD). Der Rat für nachhaltige Entwicklung sollte direkt an die UN-Generalversammlung berichten und ergänzt werden um einen UN-Hochkommissar für nachhaltige Entwicklung und die Rechte künftiger Generationen. Rat und Hochkommissar sollen für mehr Kohärenz in der Politik der UN-Einrichtungen, internationaler Organisationen sowie der Staaten im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung sorgen. Ein Rat für nachhaltige Entwicklung muss daher über eine eingebaute Vorfahrt für Umwelt und Soziales im Sinne der oben ausgeführten Leitplanken verfügen. Dabei sollte der Rat die unverzichtbare Rolle der Zivilgesellschaft für nachhaltige Entwicklung berücksichtigen.

Grüne Wirtschaft

Das andere Thema der Rio+20-Konferenz ist die „Grüne Wirtschaft im Rahmen von nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung“. Es gibt bisher kein allgemein anerkanntes Konzept einer grünen Wirtschaft, die nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung unterstützt. UNEP verweist darauf, dass der nötige wirtschaftliche Umbau zu einer kohlenstoffarmen Industriegesellschaft beginnen müsse und könne, ohne dass Entwicklungsländer auf wirtschaftliche Entwicklungsschritte und die Bekämpfung der Armut verzichten müssten. Mit dem Umsteuern seien positive Wachstums- und

Beschäftigungseffekte verbunden. Der UNEP-Vorschlag enthält aber keinen neuen ökonomischen Ansatz für einen Paradigmenwechsel, weder für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung noch für eine Ökonomie, die in ein endliches Ökosystem passt. Stattdessen setzt UNEP auf technologische Innovation.

Technologische Innovationen und Effizienzsteigerungen sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung. Sie führen jedoch nicht zwangsläufig zu Ressourceneinsparungen. Indem Produkte immer ressourcenleichter und damit womöglich preisgünstiger werden, steigt ihr Konsum (Rebound-Effekt), wenn sich der Lebensstil nicht auch verändert.

Das Bild, das der erste Entwurf der Abschlusserklärung der Rio+20-Konferenz („zero draft“) entworfen hat, ist von Nichtregierungsorganisationen und vielen Regierungen aus Entwicklungsländern teils heftig kritisiert worden, insbesondere weil es die Grundannahmen der neoliberalen Wirtschaftstheorie wie Freihandel und Wachstum nicht in Frage stellt.

VENRO unterstützt ein Konzept einer grünen und fairen Ökonomie, das

1. der Verwirklichung der Menschenrechte und der Bekämpfung der Armut sowie der Geschlechtergerechtigkeit Priorität einräumt;
2. ausgehend von der Universalität der Menschenrechte wirtschaftliche und politische Teilhabe garantiert;
3. soziale Gerechtigkeit sowohl zwischen Generationen als auch innerhalb einer Generation zum Ziel hat;
4. die Grenzen der wirtschaftlichen Nutzung der Natur respektiert, und sich von der Idee eines grenzenlosen quantitativen Wirtschaftswachstums verabschiedet;
5. zu Einsparungen von Ressourcen führt, indem global weniger produziert und konsumiert wird;
6. Pilotprojekte und traditionelle Formen der Ressourcenbewirtschaftung, die nachhaltige Entwicklung unterstützen, fördert;
7. auf den 1992 verabschiedeten Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung, insbesondere dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung,

dem Verursacherprinzip und dem Vorsorgeprinzip aufbaut und bei deren Implementierung Umwelt- und Entwicklungsinteressen in den Vordergrund stellt;

8. Investitionen in grüne, zukunftsfähige Sektoren leitet, wobei hierfür staatliche Regulierung und eine konsequent ökologisch ausgerichtete Besteuerungs- und Subventionspolitik unerlässlich sind;
9. die Streichung ökologisch und sozial schädlicher Subventionen vorsieht;
10. einer weiteren Privatisierung und Kommerzialisierung der Natur entgegen steht;
11. ressourcenarme Produkte und Dienstleistungen anbietet und auf die Pfade einer kohlenstoffarmen Entwicklung einschwenkt;
12. international verbindliche Unternehmenspflichten umfasst. Dies schließt eine Rechenschaftspflicht, ein Haftungsrecht sowie Sanktionsinstrumente ein;
13. sich nicht nur auf die Produktion von Gütern und Bereitstellung von Dienstleistungen beschränkt, sondern auch den Sorgebereich umfasst.

An diesen Kriterien messen wir auch den Erfolg der Vereinbarungen von Rio.

Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die Idee von Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) wurde von Kolumbien und Guatemala auf maßgebliche Initiative Brasiliens in den Vorbereitungsprozess zur Rio+20-Konferenz getragen. Die Chance von SDG liegt aus VENRO-Sicht darin, dass global vereinbarte Ziele einen neuen Konsens für eine nachhaltige Entwicklung befördern oder gar herstellen können. Als Anschluss oder in Ergänzung der Millennium-Entwicklungsziele (MDG), die 2015 erreicht werden sollen, sollten SDG neben Fragen der Armutsbekämpfung auch Länder oder Bevölkerungsgruppen in den Fokus nehmen, die sich durch nicht nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster auszeichnen.

Die Risiken bestehen darin, dass SDG den Herausforderungen, die sich aus entwicklungspolitischer Sicht stellen, nicht gerecht werden, etwa indem Fragen der Armutsbekämpfung und Gerechtigkeit zu kurz kommen. Schon jetzt werden die

MDG in ihrer unzureichenden Menschenrechtsorientierung den Herausforderungen nicht gerecht. Da SDG mit einem zeitlichen Horizont bis 2020 oder gar darüber hinaus diskutiert werden, besteht zudem die Gefahr, dass bereits vereinbarte Ziele faktisch eine Fristverlängerung erfahren, wenn sie in den SDG-Katalog aufgenommen würden. Dies beträfe etwa das Ziel, nach dem die Industrienationen bis 2015 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen sollen, oder das Ziel, die Müttersterblichkeit (als Teilziel der MDG) bis 2015 zu senken.

Aus Sicht von VENRO sollten die Ziele für nachhaltige Entwicklung

1. sich an den Menschenrechten, der Geschlechtergerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit orientieren;
2. an den planetarischen Grenzen als Leitplanken des Wirtschaftens ausgerichtet werden;
3. auf den Rio-Prinzipien aufbauend ökologischen und sozialen Belangen Vorfahrt einräumen;
4. globale Gültigkeit beanspruchen und gleichzeitig in unterschiedlicher Weise erreicht werden können. Das heißt auch, Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer haben eine gemeinsame Verantwortung aber verschiedene Voraussetzungen und darum unterschiedliche Lasten zu tragen;
5. inhaltlich an die MDG anschließen, deren Fokussierung auf direkte Armutsbekämpfung fortschreiben und mit den ökologischen Herausforderungen verknüpfen;
6. die Frage des Zugangs zu Ressourcen für sozial verwundbare Bevölkerungsgruppen ins Zentrum stellen;
7. die Implementierung der bestehenden Ziele, insbesondere der Millenniumsentwicklungsziele befördern und beschleunigen;
8. politische Partizipation fördern und dazu beitragen, die Handlungsspielräume für Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen zu erweitern.

Rio+20: Umsetzung vorantreiben

VENRO erwartet, dass die Rio+20-Konferenz der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung einen neuen Schub verleiht. Aufbauend auf den Beschlüssen von Rio 1992, insbesondere den Grundsätzen der Rio-Erklärung, muss Rio+20 einen sichtbaren Beitrag leisten für die Suche nach Antworten auf die multiplen Krisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dabei sind die Leitplanken nachhaltiger Entwicklung, die planetarischen Grenzen des Wirtschaftens und die sozialen Menschenrechte (wie etwa das Recht auf Nahrung, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung, das Recht auf Bildung, das Recht auf menschenwürdige Arbeit) nicht verhandelbar.

In dieser Perspektive unterstützt VENRO die Diskussion um eine institutionelle Reform des UN-Systems, engagiert sich für eine nachhaltige Wirtschaft und beteiligt sich an der Diskussion um Ziele für nachhaltige Entwicklung. Sektorale Roadmaps für ein kohlenstoffarmes Wirtschaften können dafür eine sinnvolle Ergänzung darstellen.

Das größte Defizit des Rio-Prozesses ist seine Umsetzungslücke. 20 Jahre Diskussion sind genug. Von daher fordert VENRO die Regierungen auf, endlich konkret zu handeln.

Dieser Standpunkt bildet den Rahmen für die VENRO-Position zu Rio+20. VENRO wird sich auch im weiteren Prozess mit konkreten Forderungen an der Debatte zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung beteiligen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: 0228/9 46 77-0
E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Autor

Michael Frein, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)

Redaktion

Dr. Bernd Bornhorst und Jürgen Reichel (VENRO-Vorstand); Anke Kurat (VENRO-Geschäftsstelle)